



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV 173

22. November 1949

Statt Nazi: "Faschist"

Fr. Dresden, im November

Wieder einmal ist von einer "Endlösung" der Entnazifizierung die Rede. Walter Ulbricht begründete als stellvertretender Ministerpräsident und Leiter des Politbüros der SED den "Schlusstrich", der durch das "Gesetz über den Erlass von Sühnemassnahmen" unter die bisherige Trennung von Deutschen in 'Unbelastete' und 'Belastete' gezogen werden soll. Schon vor reichlich zwei Jahren, im August 1947, sollte die politische Säuberung in der Ostzone zum Abschluss kommen. Damals befahl Marschall Sokolowskij, allen nominellen und unbelasteten aktiven Irgs auch das passive Wahlrecht zurückzugeben, die Säuberungskommissionen bei Behörden und Betrieben aufzulösen, Gerichtsverhandlungen gegen nominelle Nazis für unzulässig zu erklären.

Die Praxis seitdem war das genaue Gegenteil des Postulates. Weder wurden ungerechte und ungerechtfertigte Verurteilungen, Konzentrationslagerhaft und Vermögensraub rückgängig gemacht, noch solche Akte fürderhin unterlassen. Vielmehr bedienten sich, wie zu Anfang die SED, die Verwaltungen und "volkseigenen" Betriebe auch weiterhin der fadenscheinigsten oder auch gar keiner Begründungen, wenn sie einen ihnen nicht genhmen Mitbürger enteignen, aus seinem Beruf entfernen oder "liquidieren" wollten. Sehr oft hatte der Betroffene nicht einmal der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört, er brauchte auch keineswegs der Wehrmacht angehört zu haben; an die Stelle des "Nazis" und "Militaristen" trat zunehmend der "Reaktionär" und "Faschist", worunter der Einfachheit halber alles verstanden wurde, was nicht kommunistisch war.

Noch in diesen Tagen wurden hier Geschäftsleute nur deshalb entschädigungslos enteignet, weil der Konsum den Betrieb wegen sei-

ner verkehrsgünstigen Lage begehrte und der Inhaber nicht zum freiwilligen Verzicht bereit war. Er wurde der "rückschrittlichen Gesinnung" bezichtigt und als "Feind des volkseigenen Sektors" deklariert. Das reichte vollauf aus. Die HO pflegt nicht anders zu verfahren und ebenso die "volkseigenen" Betriebe. Auch heute ist es noch so, dass Stellenbewerber bei aller fachlichen Qualifikation nur deshalb abgewiesen werden, weil sie nicht Mitglied der SED oder NDP sind. Die Zeitungskommentare zum neuen Gesetz lassen kaum einen Zweifel darüber, dass sich an dieser Praxis auch in Zukunft wenig ändern wird. In umschriebener Form ist weiterhin die Rede von "Feinden der Freiheit und Demokratie", für die es keine Freiheit und Demokratie geben könne. Genau so lauteten auch bisher die Begründungen für ungezählte Willkürakte.

Die Entnazifizierung war in der Ostzone zu keiner Zeit ein Akt der politischen Flurbereinigung, sondern stets und ausschliesslich ein Element des Klassenkampfes. "Unnächst musste der Reaktion die klassenmässige ökonomische Basis entzogen werden", schreibt rückschauend das Leitblatt der SED und an anderer Stelle lässt es keinen Zweifel darüber, dass die "Reaktion noch immer nicht ausgerottet ist und der Klassenkampf verstärkt weitergeht". Das heisst nichts anderes als: es bleibt alles beim alten. Wie unaufrichtig die ganze Entnazifizierung war, wird heute indirekt selbst eingestanden durch Hinweise auf die "teilweise hervorragenden Leistungen zahlreicher ehemaliger Angehöriger der Nazipartei und früherer Offiziere der faschistischen Wehrmacht in leitenden Stellen unseres staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens". Diese Vorbilder sind in Moskau umgeschulte; wer es ihnen nicht gleich tut, bleibt ein "Faschist" und damit "für immer ausgeschlossen aus der Volksgemeinschaft", wie es ein Rundfunksprecher der Zone dieser Tage formulierte.

Warum aber dann überhaupt das neue Gesetz? Die eine Erklärung gab Walter Ulbricht durch den Hinweis auf die "Rechtlosigkeit der Kleinen

Nazis in Westdeutschland", auf die der ostzonale "Schlusstrich" werbenden Eindruck machen soll; damit in unmittelbarem Zusammenhang steht die Propaganda für die "Nationale Front", die zum Stillstand gekommen ist und die über die "ehemals Diskriminierten" wieder in Marsch gesetzt werden soll. In der amtlichen Sprache der Ostzone lautet das so: "Zur Behebung des nationalen Notstandes ist die Festigung und Erweiterung der Nationalen Front ein dringendes Gebot der Stunde; wir können nicht länger auf die Mithilfe hunderttausender von Menschen guten Willens verzichten". Seinen "guten Willen" indessen kann man nur beweisen, wenn man sich "geschlossen zum Fortschritt" bekennt. Und "Fortschritt" ist alles, was Moskau befiehlt.

Deutschland - Frankreich nach Paris

Von unserem Pariser Vertreter Alfred Frisch

Die Pariser Besprechungen zwischen Acheson, Bevin und Schuman wurden von der Weltöffentlichkeit in ihrer Bedeutung wahrscheinlich überschätzt. Ihr Ziel war mehr eine allgemeine Aussprache über die sich ständig ändernden, internationalen Probleme, als eine Neuregelung der deutschen Frage. Allerdings stand die Pariser Außenministerkonferenz stark unter dem Einfluss der Entwicklung im Osten. Sie musste daher Deutschland beschleunigt seinen Eintritt in die westliche Gemeinschaft ermöglichen. Hierbei spielt nach wie vor das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland eine entscheidende Rolle.

Alle Beobachter kamen zu der gleichen Feststellung, dass das Klima in Frankreich für eine Verständigung mit Deutschland wohl noch nie so günstig war wie jetzt. Gewiss, die öffentliche Meinung ist hier nach wie vor misstrauisch und empfindlich. Bei jeder unliebsam erscheinenden deutschen Reaktion sind psychologische Rückschläge zu befürchten. Es fehlt in fast allen politischen Lagern auch nicht an politischen Widerständen, deren Träger eine Zusammenarbeit mit Deutschland aus verschiedenen Gründen für verfrüht oder für unangebracht halten. Der stärkste negative Block sind die Kommunisten, denen es einfach darum geht, jede westliche Gemeinschaft zu sabotieren. Störender erscheinen die Sozialisten um Jules Moch, die Radikalsozialisten um Herriot und René Mayer sowie die Volksrepublikaner um Bidault, schliesslich ist auch eine konservative Gruppe um den traditionell deutschfeindlichen Louis Marin zu nennen. Die gaullistische Opposition hat sich erfreulicherweise in den letzten Monaten gewandelt. Der General ist heute bereit, unter Verzicht auf seinen Wunsch nach der Bildung eines losen deutschen Staatenbundes, die Bonner Verfassung anzuerkennen, und er geht in seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem deutschen Nachbar noch weiter als Außenminister Schuman.

Trotz der erwähnten Vorbehalte und Widerstände kann in Frankreich ein ehrlicher Wille zu echter Annäherung an Deutschland festgestellt werden. Man legt grossen Wert auf die Mitarbeit des Nachbarn in der zu bildenden europäischen Gemeinschaft, und man denkt dabei nicht zuletzt an die Gefahr eines Abschwenkens Westdeutschlands nach Osten, was man durch starke Bindungen an den Westen verhindern

möchte.

Frankreich ist sich der Tatsache bewusst, dass die Aufnahme Deutschlands in die europäische Gemeinschaft ohne wesentliche Zugeständnisse von seiner Seite nicht denkbar ist. Wenn auch zögernd und reserviert, dürfte es gewillt sein, seinen Beitrag zur Befriedung Europas zu leisten. Allerdings gibt es für die französischen Zugeständnisse eine sehr genau abgesteckte Grenze: Regierung und Bevölkerung werden sich sehr energisch jeder deutschen Remilitarisierung widersetzen.

An dieser Tatsache ändern auch verschiedene gegenteilige Pressestimmen nichts. Sowohl die "Kronen", die in dieser Frage in offenem Widerspruch zum Quai d'Orsay steht, wie das Boulevardblatt "Aurore" haben in den letzten Wochen wiederholt die französische Öffentlichkeit auf die angeblich bestehende logische und strategische Notwendigkeit einer deutschen Remilitarisierung hingewiesen. Es wird dabei an die Gefahr im Osten gedacht und an die Weckmächtigkeit, das deutsche Potential in den Dienst der westeuropäischen Verteidigung zu stellen. In gewissen Kreisen hegt man auch die vorläufig noch nicht offen ausgesprochene Hoffnung, durch den Einsatz deutscher Infanteristen Frankreich von der unangenehmen Aufgabe zu befreien, mit seinen eigenen Söhnen den ersten Wall gegen einen etwaigen Vorstoß aus dem Osten zu bilden. Aber wie gesagt, diese Stimmen sind durchaus in der Minderheit.

Kaisers stellt nochmals richtig

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich in einem Gespräch mit einem französischen Journalisten erneut auf eine Bemerkung des Bremer Senatspräsidenten Kaisers bezogen, "man möge ihm (Adenauer) eine Chance geben". Dazu hat Senatspräsident Kaiser der Presse eine zweite Klarstellung zugehen lassen, in der es heisst:

"Es wäre der sachdienlicher gewesen wenn der Bundeskanzler meine Person aus dem Spiele gelassen und erklärt hätte, dass es zwischen der Opposition und ihm keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hat über die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem Westen, sondern dass es sich darum handele, ob die Art des Angebotes richtig gewesen sei. Adenauers Argument, meine Bemerkung - die zeitlich mehrere Tage vor der Parlamentsdebatte lag und ihm die selbstverständliche

Chance einräumte, zunächst einmal sein Angebot vorzubereiten - als gegen die SPD gerichtet zu verwenden, ist sehr billig. Ich habe

schon vor einigen Tagen dagegen Verwahrung einlegen müssen, dass der Wortlaut meiner Bemerkung nicht nur verschieden wiedergegeben wird,

sondern dass sie auch täglich neue Zusätze erfährt, die erfinderische Geübler zu dem Zweck hinzufügen, um zu unterstellen, dass es

in der SPD Differenzen gäbe. Ich stelle hier nochmals fest, dass ich mit Dr. Schuracher grundsätzlich übereinstimme. Hoffentlich genügt

das jetzt und hoffentlich hat der Bundeskanzler Erfolg in bezug auf die französische Frage. Das ist wichtiger als alles andere."

Eine Lüge mehr.

Die "Tägliche Rundschau" und die anderen, in deutscher Sprache erscheinenden Sowjetzeitungen brachten am 16. November 1949 eine Mel-

dung, wonach über die Charlottenburger Bezirksbank-Berlin die Tätigkeit des Ostbüros der SPD finanziert werde. In dieser Meldung heisst

es wörtlich:

"Am 7. August d. Js. liefen auf das Konto des Ostbüros Nr. 1836-4 250 000.- Westmark ein. Als Einzahler bezeichnete die Feldpostnummer der amerikanischen Kommandantur in Berlin APQ 742."

Das ist eine klare und in jedem Punkt voll erfundene Falschmeldung. Durch sie wird wieder einmal der Versuch gemacht, durch primitives Lügen die Tätigkeit des Ostbüros der SPD zu verleumden.

Das Ostbüro der SPD gibt der "Täglichen Rundschau" die Vollmacht, von dem angeblichen Konto des Ostbüros die von ihr bezeichnete Summe von 250.000 Westmark abzuheben.

::/::

Nur in kirchlicher Mission?

sp. Seit einigen Wochen ist bei der Bundesregierung in Bonn der bisherige apostolische Visitator für Deutschland, Bischof

Muench, als Verweser der Nuntiatur akkreditiert worden. Zwar erklärte hierzu das offiziöse vatikanische Organ "Osservatore Ro-

mano", dass diese Berufung nur kirchliche, aber keine politische Bedeutung habe. Bei dem bekannten starken Interesse aber, das die

katholische Kirche im gesamten staatlichen Leben in Deutschland nimmt und der engen Verbindung, die zwischen dem deutschen politischen Katholizismus und der römischen Kurie besteht, liegt die Vermutung des politischen Charakters dieser Berufung nahe. Das liegt auch schon in der Persönlichkeit des Bischofs Muench begründet, der in Verbindung mit Kardinal Frings eine nicht unwesentliche Rolle bei Bildung der Regierung Adenauer gespielt hat.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Dr. Adenauer sich häufig und eingehend mit Kardinal Frings berät. Diese Tatsache veranlasste un-

längst Dr. Schumacher zu der Erklärung, dass Deutschland jetzt drei Hauptstädte habe: Berlin, Bonn und das Kardinalspalais in Köln.

Dass an den Beratungen im Kölner Kardinalspalais auch Bischof Muench beteiligt ist, wird niemand bezweifeln, wenn man daran erinnert, dass

der gleiche Mann während der Verhandlungen um die Regierungsbildung zu "privaten Gesprächen" mit Dr. Adenauer hinzugezogen wurde. Eine

Vergünstigung, die so prominenten CDU-Politikern wie Arnold und Kaiser damals nicht genossen.

Ein zweites Moment, das uns an der "nur kirchlichen" Mission zweifeln lässt, ist die starke politische Persönlichkeit des Papstes

selbst. Alle seine Handlungen in der Nachkriegszeit, die sich offiziell immer nur auf kirchliche Angelegenheiten bezogen, beeinflus-

ten ganz entscheidend auch das politische Geschehen, ob es sich hierbei um die Ernennung der 32 Kardinäle zu Weihnachten 1946,

um den Bannfluch gegen den "marxistischen Materialismus" oder andere Massnahmen handelte.

Eines steht jedenfalls fest: Papst Pius XII. hat mit der Berufung des Bischofs Muench die Regierung Adenauer nicht nur moralisch,

sondern auch politisch wesentlich gestärkt.

Paket-Aktion der GEG für die Ostzone. (sp.) Die Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumentensenschaften hat eine Geschenkpaket-Aktion für die Ostzone eingerichtet. Bei jeder Konsumentensenschaft können Bestellungen auf Geschenkpakete aufgegeben werden, welche die GEG in Hamburg an die vorgesehenen Empfänger in der Ostzone zum Versand bringt. Es sind drei verschiedene Geschenkpakete vorgesehen, und zwar:

Paket Nr. 1	mit Lebensmitteln,	etwa 5 kg bis DM	9.70
" 2	" Fischwaren,	" 4 " " "	9.00
" 3	" Seifenartikeln,	" 2 " " "	5.40

einschliesslich Porto, Verpackung und Versicherung.

Verantwortlich: Peter Raunau